



KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, [www.nw.ch](http://www.nw.ch)

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

## PER E-MAIL

[weiterbildung@sbfi.admin.ch](mailto:weiterbildung@sbfi.admin.ch)

Telefon 041 618 79 02  
[staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch)  
Stans, 22. September 2015

## Verordnung über die Weiterbildung. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2015 haben Sie uns eingeladen, zur Verordnung über die Weiterbildung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und äussern uns wie folgt.

### 1 Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich begrüssen wir die Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Unterstützung gesamtschweizerisch tätiger Weiterbildungsorganisationen, die sich in der Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen engagieren. Insbesondere durch Weiterbildungsmassnahmen kann beispielsweise die Sozialhilfe entlastet werden, sind doch unter den Sozialhilfebeziehenden schlecht ausgebildete Personen stark vertreten. Wir teilen die Einschätzung des erläuternden Berichts zur Verordnung, wonach die interinstitutionelle Zusammenarbeit im Bereich „Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener“ als zentral eingeschätzt wird.

Wir stellen ferner fest, dass in der Verordnung nur diejenigen Bereiche geregelt werden, für welche im Gesetz eine Finanzierung vorgesehen ist und deren Kriterien noch definiert werden müssen.

National tätige Organisationen der Weiterbildung sollen gemäss Art. 2 der Weiterbildungsverordnung (WeBiV) für spezifische Informations-, Koordinations- und Entwicklungsleistungen Finanzhilfen vom Bund erhalten. Es erscheint uns sinnvoll, dass damit die Bundesbeiträge an die Organisationen der Weiterbildung an klar definierte Aufgaben geknüpft werden. Sie sollen den Fokus auf das nationale Weiterbildungssystem insgesamt richten und sich der regionalen Zusammenarbeit verpflichten.

### 2 Förderung der Grundkompetenzen

Wir sind erfreut, dass die Schnittstellen zu den kantonalen Integrationsprogrammen im Sinne von Art. 8 des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) im vorliegenden Entwurf erkannt worden

sind. In Bezug auf . Es erscheint uns zudem wichtig, dass die Finanzhilfe an die Kantone im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) koordiniert wird und gemäss WeBiG ergänzend zu den bestehen Angeboten/Regelstrukturen wirkt. Nur so können Doppelspurigkeiten vermieden werden. Beim Erstellen von Programmvereinbarungen wird diesem Umstand besondere Beachtung geschenkt werden müssen.

Die grösste Herausforderung wird mit Sicherheit das Erreichen derjenigen Zielgruppe sein, die über mangelnde Grundkompetenzen verfügt. Allenfalls wäre hier eine nationale Plattform mit Best Practice der Kantone sinnvoll.

### 3 Zu den einzelnen Bestimmungen

#### *WeBiV Art. 8 Strategische Ziele*

- In Art. 16 Abs. 2 des WeBiG wird festgehalten, dass der Bundesrat Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen an die Kantone festlegt. Zur Festlegung der strategischen Ziele sind im Entwurf weder materielle noch formale Kriterien aufgeführt. Entsprechende Ergänzungen sind noch zu erarbeiten.
- Die strategischen Ziele sind in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erarbeiten. So können gesamtschweizerische, regionale und kantonale Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden.
- Im Bereich der Weiterbildungsförderung, der Integration gemäss Ausländergesetz, der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung müssen die Zuständigkeiten und die Zusammenarbeit auf Bundesebene klar geregelt werden.

#### *WeBiV Art. 10 und 14 Programmvereinbarungen, Berichterstattung und Kontrolle*

Die Prozesse zur Programmvereinbarung zwischen Bund und Kantonen und die Berichterstattung sind schlank zu gestalten, damit die kantonalen Ressourcen nicht mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand strapaziert werden.

#### *WeBiV Art. 11 bis 13 Finanzierung*

Im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020 sind angemessene Finanzmittel zu beantragen, damit deutlich mehr Erwachsene mit Lücken in den Grundkompetenzen adäquate Bildungs- und Berufsmöglichkeiten erhalten. Damit können die Kantone bei der Informations- und Sensibilisierungsarbeit sowie der Entwicklung neuer Angebote unterstützt werden. Aus unserer Sicht sollten zusätzliche Aufwendungen, die mit der vorliegenden Verordnung verbunden sind, hauptsächlich mit den Beiträgen des Bundes abgedeckt werden können.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und hoffen auf die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Hans Wicki  
Landammann




lic. iur. Hugo Murer  
Landschreiber